

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz abgeschlossenen Verträgen über Tagesgeldkonten (Stand 06 / 2021)

1. Allgemeine Informationen

Name und Anschrift der Bank

PSA Bank Deutschland GmbH, Geschäftsbereich PSA Direktbank
Siemensstraße 10
63263 Neu-Isenburg
Telefon: +49 6102 833 999 0
E-Mail: info@psa-direktbank.de

Gesetzlich Vertretungsberechtigte:

Geschäftsführer: Jean-Marc Plumyène, Michelle Giblin
Aufsichtsratsvorsitzender: Walter Donat

Hauptgeschäftstätigkeit der Bank

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften sowie das Erbringen von Finanzdienstleistungen.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn
und Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt

Europäische Zentralbank
Sonnemannstraße 20
60314 Frankfurt a.M.

Eintragung im Handelsregister

Amtsgericht Offenbach, HRB 48096

Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE 298051057

Vertragssprache

Maßgebliche Sprache für dieses Vertragsverhältnis und die Kommunikation mit dem Kunden während der Laufzeit des Vertrages ist deutsch.

Rechtsordnung/Gerichtsstand

Gemäß Nr. 6 Abs.1 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen gilt für den Vertragsschluss und die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und der Bank deutsches Recht. Es gibt keine vertragliche Gerichtsstandsklausel für Verbraucher.

Außergerichtliche Streitbeilegung

Für die Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit Zahlungsdiensten sowie den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend Fernabsatzverträgen über Finanzdienstleistungen mit der Bank besteht für den Verbraucher die Möglichkeit, die Deutsche Bundesbank anzurufen. Näheres regelt die "Verordnung über die Schlichtungsstelle nach § 14 des Unterlassungsklagegesetzes und ihr Verfahren", die im Internet unter www.bundesbank.de abrufbar ist. Die Beschwerde ist schriftlich an die Deutsche Bundesbank – Schlichtungsstelle, Postfach 111232, 60047 Frankfurt am Main, zu richten.

Hinweis zum Bestehen einer freiwilligen Einlagensicherung

Für Einlagen des Kunden gilt die gesetzliche Einlagensicherung gemäß dem Einlagensicherungsgesetz. Die Bank ist einem freiwilligen Einlagensicherungssystem, insbesondere dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. nicht angeschlossen.

Sonstige Rechte und Pflichten von Bank und Kunde

Für den gesamten Geschäftsverkehr gelten die beiliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank. Daneben gelten die beiliegenden Sonderbedingungen der Bank (Sonderbedingungen zum Tagesgeld, Sonderbedingungen zum Festgeld, Sonderbedingungen Überweisungsverkehr, Sonderbedingungen Online-Banking) die Abweichungen oder Ergänzungen zu diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten. Die genannten Bedingungen stehen nur in deutscher Sprache zur Verfügung. Die Bank speichert den Vertrag nach Vertragsschluss. Der Kunde kann während der Laufzeit des Vertrags jederzeit von der Bank verlangen, dass ihm Vertragsbestimmungen einschließlich der Geschäftsbedingungen in einer Urkunde zur Verfügung gestellt werden.

Gültigkeitsdauer dieser vorvertraglichen Informationen

Diese Informationen (Stand 15.06.2021) sind bis auf Weiteres gültig.

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz abgeschlossenen Verträgen über Tagesgeldkonten (Stand 06 / 2021)

2. Informationen zur Finanzdienstleistung

Wesentliche Leistungsmerkmale des Tagesgeldkontovertrages und Regelungen zur Zahlung und Erfüllung des Vertrags

Bei dem Tagesgeldkonto handelt es sich um ein Sichteinlagenkonto für Privatkunden (Verbraucher) mit betragsabhängiger Verzinsung und täglicher Verfügungsmöglichkeit über das vorhandene Guthaben. Das Tagesgeldkonto kann nicht zu Zwecken des Zahlungsverkehrs verwendet werden. Einzahlungen auf das Tagesgeldkonto sind wenn nicht anders vereinbart jederzeit bis zu einer Guthabenhöhe von 1.000.000 Euro möglich. Die Verfügungsmöglichkeit ist auf das vorhandene Guthaben beschränkt. Die vereinbarte Verzinsung ist variabel und wird durch die Bank den veränderten Marktverhältnissen angepasst.

Die anfallenden Zinsen werden zum Ende eines jeden Monats berechnet und am ersten Tag des Folgemonats dem Tagesgeldkonto des Kunden gutgeschrieben. Der Kunde wird über alle Bewegungen auf dem Tagesgeldkonto durch Kontoauszüge im Online-Banking informiert. Verfügungen sind nur durch Überweisung zugunsten des vereinbarten Referenzkontos und Umbuchungen auf ein etwaiges Festgeldkonto des Kunden möglich. Bareinzahlungen oder Barauszahlungen sind nicht möglich. Einzahlungen auf das Tagesgeldkonto sind ausschließlich durch Überweisung möglich. Das Tagesgeldkonto kann als Gemeinschaftskonto für maximal zwei Kontoinhaber geführt werden. Gemeinschaftskonten werden ausschließlich als sogenannte "Oder-Konten" geführt, so dass jeder Kontoinhaber einzeln für sich in vollem Umfang verfügungsberechtigt ist.

Mindestlaufzeit des Vertrages

Der Tagesgeldvertrag hat keine Mindestlaufzeit.

Preise und Kosten

Die Kontoeröffnung und -führung ist kostenlos. Bei Aufträgen des Kunden, die außerhalb der gewöhnlichen Kontoführung liegen, behält sich die Bank vor, ein Entgelt zu berechnen, dessen Höhe sich entweder aus dem "Preis- und Leistungsverzeichnis" der Bank ergibt oder zwischen dem Kunden und der Bank vereinbart wird. Der Kunde hat seine eigenen Kosten (z.B. für Ferngespräche, Computer und Datenverbindungskosten etc.) selbst zu tragen. Ggf. anfallende Kosten Dritter sind, sofern diese vom Kunden zu vertreten sind, ebenfalls von dem Kunden zu tragen.

Hinweis auf vom Kunden zu zahlende Steuern

Die Zinserträge unterliegen der Einkommensteuer. Sie sind steuerlich in dem Kalenderjahr zu veranlagen, in dem sie dem steuerpflichtigen Kunden zugeflossen sind. Bei Fragen sollte sich der Kunde an die für ihn zuständige Steuerbehörde oder seinen steuerlichen Berater wenden. Dies gilt insbesondere, wenn er im Ausland steuerpflichtig ist.

Leistungsvorbehalt

Es besteht kein Leistungsvorbehalt.

Vertragliche Kündigungsregeln/Vertragsstrafe

Der Kunde kann das Tagesgeldkonto grundsätzlich jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Dies gilt nicht für den Fall, dass der Kunde auch Festgeldkonten bei der Bank besitzt, für die das Tageskonto als Verrechnungskonto dient; bevor in einem solchen Fall das Tagesgeldkonto gekündigt werden kann, müssen erst sämtliche Festgeldkonten gekündigt sein. Wenn der Kunde nicht auch Festgeldkonten bei der Bank besitzt, für die das Tageskonto als Verrechnungskonto dient, kann die Bank das Tagesgeldkonto jederzeit unter Einhaltung einer angemessenen Frist von mindestens sechs Wochen kündigen. Die Kündigung ist mittels Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger in Textform (z.B. Brief, Telefax, E-Mail) an den jeweils anderen Vertragspartner zu richten. Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt von dem zuvor Gesagten. Es sind keine Vertragsstrafen vereinbart.

3. Informationen über die Besonderheiten des im Fernabsatz geschlossenen Tagesgeldkontovertrages

Informationen zum Zustandekommen des Tagesgeldkontovertrages

Der Kunde muss das Online-Registrierungs- und Antragsverfahren auf der Internetseite der PSA Direktbank unter www.psa-direktbank.de durchführen. Daraufhin erhält der Kunde eine E-Mail mit Zugangsdaten zur erstmaligen Anmeldung auf der Internetseite der PSA Direktbank. Mit der erstmaligen Anmeldung gibt der Kunde gegenüber der PSA Bank Deutschland GmbH ein ihn bindendes Angebot auf Abschluss eines Tagesgeldkonto-Vertrages ab und erklärt sich zugleich mit der Geltung der ihm mit der genannten E-Mail zugeschickten Geschäftsbedingungen einverstanden. Die Bank kann den so erfolgten Antrag des Kunden annehmen, indem sie das Tagesgeldkonto eröffnet. Voraussetzung für eine Annahme des Vertrages ist jedenfalls, dass die Bank alle erforderlichen Angaben im Rahmen des Online-Registrierungsverfahrens erhalten hat und ihr insbesondere auch die Unterlagen zum PostIdent-Verfahren zugegangen sind oder die Legitimation erfolgreich durch das Video-Ident-Verfahren durchgeführt wurde (bei Gemeinschaftskonten muss sich jeder zukünftige Kontoinhaber entweder über das Post- oder das Video-Ident-Verfahren identifizieren)

Widerrufsbelehrung

Abschnitt 1

Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung **innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen**. Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie **alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Informationen** auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) **erhalten haben**. **Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs**, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an:

PSA Bank Deutschland GmbH, Geschäftsbereich PSA Direktbank, Siemensstraße 10, 63263 Neu-Isenburg,
E-Mail-Adresse: info@psa-direktbank.de

Abschnitt 2

Für den Beginn der Widerrufsfrist erforderliche Informationen

Die Informationen im Sinne des Abschnitts 1 Satz 2 umfassen folgende Angaben:

1. die Identität des Unternehmers; anzugeben ist auch das öffentliche Unternehmensregister, bei dem der Rechtsträger eingetragen ist, und die zugehörige Registernummer oder gleichwertige Kennung;
2. die Hauptgeschäftstätigkeit des Unternehmers und die für seine Zulassung zuständige Aufsichtsbehörde;
3. die ladungsfähige Anschrift des Unternehmers und jede andere Anschrift, die für die Geschäftsbeziehung zwischen dem Unternehmer und dem Verbraucher maßgeblich ist, bei juristischen Personen, Personenvereinigungen oder Personengruppen auch den Namen des Vertretungsberechtigten;
4. die wesentlichen Merkmale der Finanzdienstleistung sowie Informationen darüber, wie der Vertrag zustande kommt;

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz abgeschlossenen Verträgen über Tagesgeldkonten (Stand 06 / 2021)

5. den Gesamtpreis der Finanzdienstleistung einschließlich aller damit verbundenen Preisbestandteile sowie alle über den Unternehmer abgeführten Steuern oder, wenn kein genauer Preis angegeben werden kann, seine Berechnungsgrundlage, die dem Verbraucher eine Überprüfung des Preises ermöglicht;
6. gegebenenfalls zusätzlich anfallende Kosten sowie einen Hinweis auf mögliche weitere Steuern oder Kosten, die nicht über den Unternehmer abgeführt oder von ihm in Rechnung gestellt werden;
7. Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und der Erfüllung;
8. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts sowie die Bedingungen, Einzelheiten der Ausübung, insbesondere Name und Anschrift desjenigen, gegenüber dem der Widerruf zu erklären ist, und die Rechtsfolgen des Widerrufs einschließlich Informationen über den Betrag, den der Verbraucher im Fall des Widerrufs für die erbrachte Leistung zu zahlen hat, sofern er zur Zahlung von Wertersatz verpflichtet ist (zugrundeliegende Vorschrift: § 357a des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
9. die vertraglichen Kündigungsbedingungen einschließlich etwaiger Vertragsstrafen;
10. die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, deren Recht der Unternehmer der Aufnahme von Beziehungen zum Verbraucher vor Abschluss des Vertrags zugrunde legt;
11. eine Vertragsklausel über das auf den Vertrag anwendbare Recht oder über das zuständige Gericht;
12. die Sprachen, in denen die Vertragsbedingungen und die in dieser Widerrufsbelehrung genannten Vorabinformationen mitgeteilt werden, sowie die Sprachen, in denen sich der Unternehmer verpflichtet, mit Zustimmung des Verbrauchers die Kommunikation während der Laufzeit dieses Vertrags zu führen;
13. den Hinweis, ob der Verbraucher ein außergerichtliches Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren, dem der Unternehmer unterworfen ist, nutzen kann, und gegebenenfalls dessen Zugangsvoraussetzungen;
14. das Bestehen eines Garantiefonds oder anderer Entschädigungsregelungen, die weder unter die gemäß der Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 149; L 212 vom 18.7.2014, S. 47; L 309 vom 30.10.2014, S. 37) geschaffenen Einlagensicherungssysteme noch unter die gemäß der Richtlinie 97/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. März 1997 über Systeme für die Entschädigung der Anleger (ABl. L 84 vom 26.3.1997, S. 22) geschaffenen Anlegerentschädigungssysteme fallen.

Abschnitt 3

Widerrufsfolgen

Im Fall eines wirksamen Widerrufs **sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren**. Sie sind zur **Zahlung von Wertersatz** für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung begonnen werden kann. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen. **Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist**, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. **Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden**. Diese Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

Ende der Widerrufsbelehrung

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz abgeschlossenen Verträgen über Festgeldkonten (Stand 06 / 2021)

1. Allgemeine Informationen

Name und Anschrift der Bank

PSA Bank Deutschland GmbH, Geschäftsbereich PSA Direktbank
Siemensstraße 10
63263 Neu-Isenburg
Telefon: +49 6102 833 999 0
E-Mail: info@psa-direktbank.de

Gesetzlich Vertretungsberechtigte:

Geschäftsführer: Jean-Marc Plumyène, Michelle Giblin
Aufsichtsratsvorsitzender: Walter Donat

Hauptgeschäftstätigkeit der Bank

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften sowie das Erbringen von Finanzdienstleistungen.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn
und Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt

Europäische Zentralbank
Sonnemannstraße 20
60314 Frankfurt a.M.

Eintragung im Handelsregister

Amtsgericht Offenbach, HRB 48096

Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE 298051057

Vertragssprache

Maßgebliche Sprache für dieses Vertragsverhältnis und die Kommunikation mit dem Kunden während der Laufzeit des Vertrages ist deutsch.

Rechtsordnung/Gerichtsstand

Gemäß Nr. 6 Abs.1 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen gilt für den Vertragsschluss und die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und der Bank deutsches Recht. Es gibt keine vertragliche Gerichtsstandsklausel für Verbraucher.

Außergerichtliche Streitbeilegung

Für die Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit Zahlungsdiensten sowie den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend Fernabsatzverträgen über Finanzdienstleistungen mit der Bank besteht für den Verbraucher die Möglichkeit, die Deutsche Bundesbank anzurufen. Näheres regelt die "Verordnung über die Schlichtungsstelle nach § 14 des Unterlassungsklagegesetzes und ihr Verfahren", die im Internet unter www.bundesbank.de abrufbar ist. Die Beschwerde ist schriftlich an die Deutsche Bundesbank – Schlichtungsstelle, Postfach 111232, 60047 Frankfurt am Main, zu richten.

Hinweis zum Bestehen einer freiwilligen Einlagensicherung

Für Einlagen des Kunden gilt die gesetzliche Einlagensicherung gemäß dem Einlagensicherungsgesetz. Die Bank ist einem freiwilligen Einlagensicherungssystem, insbesondere dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. nicht angeschlossen.

Sonstige Rechte und Pflichten von Bank und Kunde

Für den gesamten Geschäftsverkehr gelten die beiliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank. Daneben gelten die beiliegenden Sonderbedingungen der Bank (Sonderbedingungen zum Festgeld, Sonderbedingungen zum Tagesgeld, Sonderbedingungen Überweisungsverkehr, Sonderbedingungen Online-Banking) die Abweichungen oder Ergänzungen zu diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten. Die genannten Bedingungen stehen nur in deutscher Sprache zur Verfügung. Der Kunde kann während der Laufzeit des Vertrags jederzeit von der Bank verlangen, dass ihm Vertragsbestimmungen einschließlich der Geschäftsbedingungen in einer Urkunde zur Verfügung gestellt werden.

Gültigkeitsdauer dieser vorvertraglichen Informationen

Diese Informationen (Stand 15.06.2021) sind bis auf Weiteres gültig.

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz abgeschlossenen Verträgen über Festgeldkonten (Stand 06 / 2021)

2. Informationen zur Finanzdienstleistung

Wesentliche Leistungsmerkmale des Festgeldkontovertrages und Regelungen zur Zahlung und Erfüllung des Vertrags

Bei dem Festgeldkonto handelt es sich um ein Termineinlagenkonto für Privatkunden (Verbraucher), bei dem ein fester Zinssatz für die vereinbarte Laufzeit gewährt wird. Der Kunde kann mehrere Festgeldkonten bei der Bank eröffnen. Das Festgeldkonto dient allein der Geldanlage und darf nicht für Zwecke des Zahlungsverkehrs verwendet werden. Der Anlagebetrag wird zu Vertragsbeginn vereinbart und eingezahlt. Es besteht ein Mindestanlagebetrag in Höhe von 500 Euro. Sofern nicht anders vereinbart, ist die Gesamteinlagenhöhe eines Kunden auf 1.000.000 Euro beschränkt. Der Mindestanlagezeitraum beträgt 12 Monate, der Maximalanlagezeitraum 4 Jahre. Verfügungen, Teilverfügungen und Aufstockungen während der Festgeldlaufzeit sind nicht möglich. Voraussetzung für die Eröffnung von Festgeldkonten ist, dass der Kunde bereits ein Tagesgeldkonto bei der Bank besitzt. Das Guthaben auf dem Festgeldkonto wird nach dem Ende der vereinbarten Laufzeit dem Tagesgeldkonto des Kunden gutgeschrieben. Die aufgelaufenen Zinsen werden zum Ende der Festgeldlaufzeit dem Tagesgeldkonto sowie bei Festgeldanlagen mit einer Laufzeit von über 12 Monaten jeweils nach Ablauf von 12 Monaten dem Festgeldkonto gutgeschrieben. Einzahlungen auf das Festgeldkonto sind ausschließlich mittels Abbuchung vom Tagesgeldkonto des Kontoinhabers zu Beginn der Festgeldlaufzeit möglich. Rückzahlungen erfolgen ausschließlich auf das Tagesgeldkonto des Kontoinhabers. Das Festgeldkonto wird als Gemeinschaftskonto für maximal zwei Kontoinhaber geführt, wenn es sich bei dem zugehörigen Tagesgeldkonto auch um ein Gemeinschaftskonto handelt. Gemeinschaftsfestgeldkonten werden wie Gemeinschaftstagesgeldkonten ausschließlich als sogenannte "Oder-Konten" geführt, so dass jeder Kontoinhaber einzeln für sich in vollem Umfang verfügungsberechtigt ist.

Mindestlaufzeit des Vertrages

Die Mindestlaufzeit des Festgeldvertrags beträgt 12 Monate.

Preise und Kosten

Die Kontoeröffnung und -führung ist kostenlos. Bei Aufträgen des Kunden, die außerhalb der gewöhnlichen Kontoführung liegen, behält sich die Bank vor, ein Entgelt zu berechnen, dessen Höhe sich entweder aus dem "Preis- und Leistungsverzeichnis" der Bank ergibt oder zwischen dem Kunden und der Bank vereinbart wird. Der Kunde hat seine eigenen Kosten (z.B. für Ferngespräche, Computer und Datenverbindungskosten etc.) selbst zu tragen. Ggf. anfallende Kosten Dritter sind, sofern diese vom Kunden zu vertreten sind, ebenfalls von dem Kunden zu tragen.

Hinweis auf vom Kunden zu zahlende Steuern

Die Zinserträge unterliegen der Einkommensteuer. Sie sind steuerlich in dem Kalenderjahr zu veranlagern, in dem sie dem steuerpflichtigen Kunden zugeflossen sind. Bei Fragen sollte sich der Kunde an die für ihn zuständige Steuerbehörde oder seinen steuerlichen Berater wenden. Dies gilt insbesondere, wenn er im Ausland steuerpflichtig ist.

Leistungsvorbehalt

Es besteht kein Leistungsvorbehalt.

Vertragliche Kündigungsregeln/Vertragsstrafe

Eine ordentliche Kündigung eines Festgeldkontos vor Ablauf der Festgeldlaufzeit durch die Bank oder den Kunden ist ausgeschlossen. Der Kunde oder die Bank können ein Festgeldkonto nur aus wichtigem Grund kündigen. Ein wichtiger Grund ist gegeben, wenn die Fortführung des Vertrages für eine der Parteien unzumutbar ist. Die Kündigung bedarf der Textform und ist an den jeweils anderen Vertragspartner zu richten. Eine Kündigungsfrist ist nicht einzuhalten. Kündigt der Kunde ein Festgeldkonto mit Wirksamkeit vor Ablauf der vereinbarten Festgeldlaufzeit, wird die Bank den für diese Laufzeit vereinbarten Festzins rückwirkend wie im Preis- und Leistungsverzeichnis angegeben zu reduzieren.

3. Informationen über die Besonderheiten des im Fernabsatz geschlossenen Festgeldkontovertrages

Informationen zum Zustandekommen des Festgeldkontovertrages

Der Kunde kann Festgeldkonten im Online-Banking unter www.psa-direktbank.de eröffnen. Auf der entsprechenden Seite im Online-Banking gibt der Kunde die anzulegende Summe (maximal in Höhe des verfügbaren Guthabens auf dem Tagesgeldkonto) und die Laufzeit für das Festgeldkonto an und gibt durch Klicken des entsprechend bezeichneten Feldes auf der Seite gegenüber der PSA Bank Deutschland GmbH ein ihn bindendes Angebot auf Abschluss eines Festgeldkonto-Vertrages ab. Die Bank kann den so erfolgten Antrag des Kunden annehmen, indem sie das Festgeldkonto eröffnet und die anzulegende Summe auf das Festgeldkonto umbucht.

Widerrufsbelehrung

Abschnitt 1

Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung **innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen**. Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie **alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Informationen** auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) **erhalten haben**. **Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs**, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an:

PSA Bank Deutschland GmbH, Geschäftsbereich PSA Direktbank, Siemensstraße 10, 63263 Neu-Isenburg,
E-Mail-Adresse: info@psa-direktbank.de

Abschnitt 2

Für den Beginn der Widerrufsfrist erforderliche Informationen

Die Informationen im Sinne des Abschnitts 1 Satz 2 umfassen folgende Angaben:

1. die Identität des Unternehmers; anzugeben ist auch das öffentliche Unternehmensregister, bei dem der Rechtsträger eingetragen ist, und die zugehörige Registernummer oder gleichwertige Kennung;
2. die Hauptgeschäftstätigkeit des Unternehmers und die für seine Zulassung zuständige Aufsichtsbehörde;
3. die ladungsfähige Anschrift des Unternehmers und jede andere Anschrift, die für die Geschäftsbeziehung zwischen dem Unternehmer und dem Verbraucher maßgeblich ist, bei juristischen Personen, Personenvereinigungen oder Personengruppen auch den Namen des Vertretungsberechtigten;
4. die wesentlichen Merkmale der Finanzdienstleistung sowie Informationen darüber, wie der Vertrag zustande kommt;
5. den Gesamtpreis der Finanzdienstleistung einschließlich aller damit verbundenen Preisbestandteile sowie alle über den Unternehmer abgeführten Steuern oder, wenn kein genauer Preis angegeben werden kann, seine Berechnungsgrundlage, die dem Verbraucher eine Überprüfung des Preises ermöglicht;

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz abgeschlossenen Verträgen über Festgeldkonten (Stand 06 / 2021)

6. gegebenenfalls zusätzlich anfallende Kosten sowie einen Hinweis auf mögliche weitere Steuern oder Kosten, die nicht über den Unternehmer abgeführt oder von ihm in Rechnung gestellt werden;
7. Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und der Erfüllung;
8. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts sowie die Bedingungen, Einzelheiten der Ausübung, insbesondere Name und Anschrift desjenigen, gegenüber dem der Widerruf zu erklären ist, und die Rechtsfolgen des Widerrufs einschließlich Informationen über den Betrag, den der Verbraucher im Fall des Widerrufs für die erbrachte Leistung zu zahlen hat, sofern er zur Zahlung von Wertersatz verpflichtet ist (zugrundeliegende Vorschrift: § 357a des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
9. die vertraglichen Kündigungsbedingungen einschließlich etwaiger Vertragsstrafen;
10. die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, deren Recht der Unternehmer der Aufnahme von Beziehungen zum Verbraucher vor Abschluss des Vertrags zugrunde legt;
11. eine Vertragsklausel über das auf den Vertrag anwendbare Recht oder über das zuständige Gericht;
12. die Sprachen, in denen die Vertragsbedingungen und die in dieser Widerrufsbelehrung genannten Vorabinformationen mitgeteilt werden, sowie die Sprachen, in denen sich der Unternehmer verpflichtet, mit Zustimmung des Verbrauchers die Kommunikation während der Laufzeit dieses Vertrags zu führen;
13. den Hinweis, ob der Verbraucher ein außergerichtliches Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren, dem der Unternehmer unterworfen ist, nutzen kann, und gegebenenfalls dessen Zugangsvoraussetzungen;
14. das Bestehen eines Garantiefonds oder anderer Entschädigungsregelungen, die weder unter die gemäß der Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 149; L 212 vom 18.7.2014, S. 47; L 309 vom 30.10.2014, S. 37) geschaffenen Einlagensicherungssysteme noch unter die gemäß der Richtlinie 97/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. März 1997 über Systeme für die Entschädigung der Anleger (ABl. L 84 vom 26.3.1997, S. 22) geschaffenen Anlegerentschädigungssysteme fallen.

Abschnitt 3**Widerrufsfolgen**

Im Fall eines wirksamen Widerrufs **sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren**. Sie sind zur **Zahlung von Wertersatz** für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung begonnen werden kann. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen. **Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist**, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. **Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden**. Diese Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

Ende der Widerrufsbelehrung